

Europäisches Semester 2014: more of the same

EU-Wirtschaftspolitik zementiert Massenarbeitslosigkeit ein

Die amtierende EU-Kommission ist die erste, die in ihrer Amtsperiode wirtschaftspolitisch mehr Rezessions- als Wachstumsjahre sowie Rekordarbeitslosigkeit zu verantworten hat. Trotzdem setzt sie ihren Kurs unbeirrt fort. Dies kommt einmal mehr in den politischen Entscheidungen der Kommission im Rahmen des heurigen Europäischen Semesters zum Vorschein.

Georg Feigl und Nikolaus Kowall

Anknüpfend an die beiden vorhergehenden Ausgaben des infobrief eu & internationales wollen wir zu nächst den Prozess des Europäischen Semesters in Erinnerung rufen. Dieses Prozedere intendiert einen koordinierten Ablauf der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung in Europa. Zu diesem Zweck legt die EU-Kommission (EK) am Jahresende drei Berichte vor:

1. Der Jahreswachstumsbericht, welcher im Rahmen der mittelfristigen Strategie Europa 2020 die konkreten wirtschaftspolitischen Schwerpunkte für das kommende Jahr definiert, die europaweit zu verfolgen sind.
2. Der Warn-Mechanismus-Bericht, wo insbesondere anhand eines Indikatorensets – das sogenannte Scoreboard – oberflächlich überprüft wird, ob „makroökonomische Ungleichgewichte“ vorliegen und daher wirtschaftspolitische Korrekturmaßnahmen zu setzen sind
3. Eine Analyse der Budgetplanung jedes einzelnen Landes der Eurozone für das kommende Jahr, zur Überprüfung der Kompatibilität mit den europäischen Fiskalregeln.

Die nationalen Regierungen sollten aufbauend auf diesen Berichten ihre

Wirtschaftspolitik – insbesondere die Budgetpolitik – ausrichten. Bis Mitte April haben sie ihrerseits zu berichten, wie ihre wirtschaftspolitischen Pläne für das laufende Jahr (und darüber hinaus) aussehen. Diese werden von der EU-Kommission, unter Berücksichtigung insbesondere ihrer Anfang Mai erscheinenden Wirtschaftsprognose, neuerlich analy-

Das Europäische Semester ist ein etwas komplizierter und wenig effektiver Prozess, der eine weitgehend falsche wirtschaftspolitische Ausrichtung (re)produziert.

siert. Abschließendes Ergebnis sind länderspezifische sozial- und wirtschaftspolitische Empfehlung sowie allfällige Schritte wegen Verletzung der Fiskalregeln oder wegen makroökonomischer Ungleichgewichte. All das ist in Folge vom Rat zu bestätigen bzw. zu beschließen. Bis Jahresende sollten die Vorgaben dann auf nationaler Ebene umgesetzt werden.

Das Problem ist weniger die Struktur, sondern die Ausrichtung

■ Dieser Prozess der wirtschaftspolitischen Steuerung ist zwar etwas kompliziert und wenig effektiv, aber im Prinzip trotzdem hilfreich. Vergleicht

man ihn mit den gesamtstaatlichen Steuerungsstrukturen auf nationaler Ebene – beispielsweise in Österreich zwischen Bund und Ländern, so zeigt sich rasch, dass der Prozess auch einige Vorteile hat. Wenigstens gibt es jährlich eine klar strukturierte Debatte über die gemeinsame wirtschaftspolitische Ausrichtung, die zumindest formell von allen geteilt wird. Außerdem sind die Beschlüsse samt ihrer zu Grunde liegenden umfassenden Berichte zumindest ex post öffentlich zugänglich.

Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Rahmen der neuen Economic Governance eine weitgehend falsche wirtschaftspolitische Ausrichtung (re)produziert wird. Wesentlichster Grund dürfte die weitgehend fehlende demokratische Legitimierung der Entscheidungen sein. Entscheidende Akteure wie die Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission, die Europäische Zentralbank sowie der Europäische Rat bestehend aus den Regierungen der Mitgliedstaaten – allen voran jene aus Deutschland – müssen sich den europäischen BürgerInnen weder direkt noch indirekt bei Wahlen stellen. Im Gegensatz zur nationalen Ebene ist damit eine falsch empfundene Wirtschaftspolitik kaum abwählbar, da das Europäische Parlament in diesem Prozess weitgehend ohne Einfluss bleibt. Auch die nationalen Parlamente haben es



»

schwer abseits von ex-post-Diskussionen der Berichte ihrer Regierungen zu intervenieren. Eine öffentliche Debatte findet Großteils nicht statt bzw. beschränkt sich auf stark verkürzte zusammenhanglose Beiträge nach dem Schema „Die EU verlangt von Staat X dieses und jenes“. Auch die vielzitierte Zivilgesellschaft – und hier vor allem die Sozialpartner – findet kaum Gehör. All das macht sozial- und wirtschaftspolitisch Kompromisse unwahrscheinlicher. Das wirtschaftsliberale „Reformbündnis“¹ bestehend aus der EK, der EZB sowie der deutschen und anderen marktliberalen Regierungen, wird die Governance-Struktur weiterhin für eine einseitige Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik nutzen.

Bislang gelingt ihnen das sehr gut. Das Credo der „Spar- und Wettbewerbsunion“ ist nach wie vor dominant und nimmt mittlerweile absurde Züge an. So bezeichnet die EK auch nach zwei Jahren mit schrumpfender Wirtschaftsleistung und Millionen zusätzlicher Arbeitsloser ihre nahezu unveränderte Prioritätensetzung immer noch als „ausgewogene Strategie zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung“.² Dadurch wird an der offensichtlich gescheiterten Austeritätspolitik ebenso festge-

Das Credo der „Spar- und Wettbewerbsunion“ ist nach wie vor dominant und nimmt mittlerweile absurde Züge an.

halten wie an der Verpflichtung zu „Strukturreformen“.

„Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung“ ■ Im Bereich der Budgetpolitik ist jedoch festzustellen, dass die EK zunehmend gespalten argumentiert. Einerseits hält sie am Dogma der Sparpolitik fest

und behauptet entgegen der Empirie, jeglicher Vernunft und den meisten ökonomischen Studien nach wie vor, dass diese Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung sei. Dass die Einsparungen in den Krisenstaaten zu einem massiven Abbau der Jobs im öffentlichen Sektor, zu schrumpfender Beschäftigung durch Nachfrageentzug im Inland sowie zu einem dramatischen Rückgang der besonders wachstums- und beschäftigungsstützenden öffentlichen Investitionen geführt haben, wird konsequent ausgeblendet. Andererseits legitimiert die EK das gedroselte Konsolidierungstempo, das seit Sommer 2013 zu beobachten ist und wesentlich zum Ende der Rezession in der Eurozone beigetragen hat.³

Diese Widersprüchlichkeit zieht sich seit Veröffentlichung des Jahreswachstumsbericht 2014 letzten Herbst durch. Wie auch in der österreichischen Diskussion (Stichwort „Budgetloch“⁴) ist das zum Teil auf die widersprüchlichen, pseudoexakten Fiskalregeln selbst zurückzuführen, die in Kombination mit der äußerst schlechten Prognostizierbarkeit von Budgetzahlen zu erratischen Bewertungen führen. So wurde bspw. für Frankreich und Slowenien in der erstmalig durchgeführten Überprüfung der Budgetvoranschläge der Mitgliedstaaten der Eurozone Mitte November die zweitbeste „Bewertung“ vergeben („compliant but without any margin“), zwei Stufen besser als Spanien („risk of non-compliance“; Österreich liegt mit Stufe 3 „broadly compliant“ dazwischen. Obwohl es zwischenzeitlich lediglich zu kleinen Änderungen in diesen drei Ländern kam, forderte die EK Anfang März ausschließlich Frankreich und Slowenien – also die beiden Länder mit dem kleineren Defizit – auf, umgehend weitere Maßnahmen zu treffen um die Budgetvorgaben einzuhalten. Begründet wurde dieser Schritt hauptsächlich mit prognostizierten Abweichungen der Defizitvorgaben in

Dass die Einsparungen in den Krisenstaaten zum dramatischen Rückgang der besonders wachstums- und beschäftigungsstützenden öffentlichen Investitionen geführt haben, wird konsequent ausgeblendet.

einer Größenordnung, die geringer ist als der Prognosefehler für die Kennzahlen der Staatsfinanzen selbst.

Barroso: „Erforderliche[n] Reformen mit mehr Entschiedenheit angehen“⁵

■ Strukturreformen sollten gemäß EK Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen bringen, insbesondere bei angeblich „verkrustete[n] Strukturen auf den Arbeits- und Produktmärkten“ beispielsweise durch „eine Modernisierung des Arbeitsschutzrechts“.⁶ Nachdem es der EK eigentlich untersagt ist, sich in die Lohnpolitik der Mitgliedstaaten einzumischen, begeht sie eine rhetorische Gratwanderung. Die Intention ist allerdings trotzdem klar erkennbar, beispielsweise wenn die Reform der Tarifverhandlungssysteme in Spanien lobend erwähnt wird, weil sie „mehr Flexibilität bei Gehaltsanpassungen“ ermöglicht habe. Abseits der in der Praxis wenig wirkungsmächtigen Berichte hat die EK (mit Komplizenschaft des Rats) mit der neuen Economic Governance jedoch weitere Hebel für ihren „lohnpolitischen Interventionismus“:⁷

■ Ein unmittelbarer Hebel sind die Auflagen für die Vergabe von Hilfskrediten, die im Rahmen der Troika-Missionen Ländern wie Griechenland oder Portugal auferlegt wurden.

■ Daran angelehnt gibt es seit gut einem Jahr die Verpflichtung zur Vorlage von „Wirtschaftspartnerschaftsprogrammen“ von Mitgliedstaaten, gegen die ein Verfahren wegen übermäßigem Defizit eröffnet oder geändert wird. Das trifft derzeit beispielsweise Frank-

»

reich, Spanien oder der Niederlande. Die betroffenen Staaten waren gezwungen, sich selbst vertraglich zu Reformen im Sinne der Vorgaben aus dem Europäischen Semester zu verpflichten.

- Zudem steht im Rahmen der laufenden Neuausrichtung der Währungsunion nach wie vor im Raum das Instrument der „Wettbewerbsspakete“ zu schaffen, das eine Ausweitung derartiger Interventionsmechanismen auf alle Mitgliedstaaten bedeuten würde.
- Das bei Ländern ohne Troika-Intervention derzeit wichtigste Instrument ist das neu geschaffene „Verfahren zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte“.

Auseinandersetzung um Ungleichgewichte zentral ■ Die Intention makroökonomische Ungleichgewichte für wirtschaftspolitische Entscheidungen zu berücksichtigen ist gerade vor dem Hintergrund der großen Rezession per se sinnvoll. Die Umsetzung durch die EK hat jedoch ihre Tücken. Zum einen deshalb, weil die EK de facto alleinig die Umsetzung gestalten kann. Zum anderen, da sie die für die Bewertung des Umgangs mit Ungleichgewichten entscheidenden Fragen problematisch beantwortet. Das betrifft erstens die Frage, was als makroökonomisches Ungleichgewicht definiert wird, zweitens welche Ursachen hierfür ausgemacht werden und drittens wie diese politisch bearbeitet werden sollen.

Makroökonomische Ungleichgewichte werden als „Trends“ definiert, „die zu makroökonomischen Entwicklungen führen, die sich nachteilig auf das ordnungsgemäße Funktionieren der Wirtschaft eines Mitgliedstaats oder der Wirtschafts- und Währungsunion oder der Union insgesamt auswirken oder potenziell auswirken könnten“. Ein Ungleichgewicht gilt dann als „übermäßig“ (und ist damit im Rahmen eines Verfah-

Die EU-Kommission sollte sich auf die Ungleichgewichte in der Eurozone bzw. zwischen Regionen beschränken, daher in erster Linie persistente hohe Leistungsbilanzsalden.

rens innerhalb einer gewissen Frist unter Androhung von Geldstrafen zu korrigieren), wenn es sich um ein „schwere[s] Ungleichgewicht“ handelt. Es gibt also keine klare Definition, im Prinzip handelt es sich dann um ein Ungleichgewicht, wenn es die EK als solches identifiziert.

Woran orientiert sich nun die Kommission in ihrer Definition? Eine einleuchtende keynesianische Erklärung der Krise geht von drei wesentlichen Ursachen („3U der Krise“⁸) aus. Darunter versteht man die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die unzureichend regulierten Finanzmärkte und die Ungleichgewichte zwischen Volkswirtschaften. Letzteres bezieht sich auf persistente Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite, die einen erheblichen Anteil an der Destabilisierung der Eurozone gehabt haben dürften. Mit Ausnahme der ungleichen Verteilung teilt die EU-Kommission diese Krisenanalyse, womit es in der Wirtschaftswissenschaft eine konsensuale Schnittmenge gibt. Zusätzlich betont die EU-Kommission allerdings auch noch vermeintliche Krisenursachen wie fehlende Wettbewerbsfähigkeit und ein „Leben über den Verhältnissen“ in Form starker Lohnzuwächse und Staatsverschuldung.

Diese Auslegung von makroökonomischen Ungleichgewichten ist verfehlt. Die EK sollte sich vielmehr auf die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone bzw. zwischen Regionen beschränken, weil sie hier als übergeordnete Instanz auch am besten geeignet ist, während wiederum

innerhalb der Mitgliedstaaten deren Regierungen zur Problemlösung berufen sind als die Kommission. Für die Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten sind wie bereits erwähnt die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden die zentrale Größe: Stimmen in einer Volkswirtschaft die Niveaus von Produktion und Nachfrage nicht überein, muss sie entweder ihr Produktionsdefizit importieren oder ihren Produktionsüberschuss exportieren. Diese Defizite oder Überschüsse im Außenhandel spiegeln sich in der Leistungsbilanz wieder, die somit ein Maßstab dafür ist, ob Produktion und Verbrauch in einer Volkswirtschaft im Einklang sind: Vier Fünftel der Leistungsbilanz der Eurozone werden durch die Waren- und Dienstleistungsströme bestimmt (der Rest entfällt im Wesentlichen auf Vermögenseinkommen). Überschüsse in der Leistungsbilanz führen zum Aufbau von Forderungen, Defizite zum Aufbau von Verbindlichkeiten zwischen zwei Volkswirtschaften. Zu einem problematischen Ungleichgewicht kommt es zwischen Handelspartnern daher dann, wenn es persistente Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse gibt, die zu entsprechend umfangreichen Forderungen und Verbindlichkeiten führen. Zumal dieser Prozess zwingend von einem markanten Wachstum der Auslandsvermögen auf der einen sowie der Auslandsschulden auf der anderen Seite begleitet wird. Vermittelt wird dieses Vermögens- und Schuldenwachstum durch den internationalen Finanzsektor, ohne den die Entstehung dieser Ungleichgewichte unmöglich wäre.

Spezieller Orientierungspunkt für die EK als auch die europäische Debatte ist das sogenannte „Scoreboard“, ein Set von wenig verbindlichen wirtschaftlichen Indikatoren. Die EK ist nämlich per Verordnung verpflichtet, sich bei der Feststellung von Ungleichgewichten darauf zu stützen. In der spezifischen Gestaltung ➤



dieses Scoreboards ist die Kommission jedoch nicht völlig frei, sondern ist (nach Intervention des Europäischen Parlaments) an eine grob definierte Liste von Elementen interner und externer Ungleichgewichte gebunden.⁹

Neben Indikatoren zur Finanzialisierung (Schulden des privaten Sektors, Hauspreise) gibt es mehrere Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit (effektiver Wechselkurs, Lohnstückkosten), sodass den für die internen Ungleichgewichte in der Eurozone zentralen Indikatoren Leistungsbilanzsaldo und Auslandsverschuldung nicht jener Stellenwert zukommt, den sie in der Realität haben. In dieser Hinsicht sind die gewählten Indikatoren willkürlich.

Abbau von Ungleichgewichten nur durch Wettbewerbsfähigkeit?

■ Im internationalen Handel ist die Entstehung von Leistungsbilanz-Ungleichgewichte meist nur ein temporäreres Problem. Die Aufwertung der Währung des Überschusseslandes und die Abwertung jener des Defizitlandes führen tendenziell wieder zu einem Ausgleich der Leistungsbilanzen. Einem gemeinsamen Währungsraum fehlt allerdings dieser durch die Währungsmärkte vermittelte Ausgleichsmechanismus. Ein Währungsraum kann dauerhaft ohne exzessive Leistungsbilanz-Ungleichgewichte und ohne Ausgleichsmechanismen nur dann existieren, wenn die regionalen Produktionsniveaus langfristig den Konsum- und Investitionsniveaus (also dem gesamtwirtschaftlichen Verbrauch) entsprechen. Bleibt das Produktionsniveau dauerhaft deutlich hinter dem Konsum- und Investitionsniveau zurück (bzw. umgekehrt), kommt es zum Aufbau erheblicher Verbindlichkeiten (bzw. Forderungen). Die Anpassung ist für beide Seiten gleich wichtig, denn ein Produktionsüberschuss ist nur möglich, wenn dem anderswo ein Konsum- und Investitionsüberschuss gegenübersteht. Kommt es trotzdem

zu persistenten Ungleichgewichten, gibt es mehrere Möglichkeiten, diese wieder zu beseitigen: Eine Anpassung nach unten auf ein insgesamt niedrigeres Produktions- und Verbrauchsniveau durch Drücken des Konsum- und Investitionsniveaus in den Defizitländern, oder eine Anpassung nach oben durch Ausweitung der Nachfrage in den Überschussländern, sodass die Defizitländer ihr Produktionskapazitäten ausweiten können. Darüber hinaus bzw. parallel dazu gibt es als dritte Möglichkeit die Ausweitung des besonders auf nationaler Ebene etablierten Finanzausgleichs mit dauerhaften Ausgleichszahlungen zwischen Überschuss- und Defizitregionen.

Leistungsbilanzungleichgewichte sind vor allem durch eine nachfrageseitige Anpassung „nach oben“ zu korrigieren.

1. Nachfrageseitige Anpassung nach unten

■ Den europäischen Institutionen schwebt im Großen und Ganzen eine Anpassung nach unten vor. Geht es nach der EU-Kommission, heißt die Devise für fast alle Mitgliedstaaten, die historischen oder aktuellen Leistungsbilanzdefizite durch mehr Wettbewerbsfähigkeit zu beseitigen. Ein Konzept, das in den europäischen Institutionen primär als Programm zur Kostensenkung und zur Gewinnung von Weltmarktanteilen, die ebenfalls einen Indikator darstellen, betrachtet wird. Es ist nur stimmig, dass aktuelle deflationäre Tendenzen in der Peripherie als Teil eines „notwendige Anpassungsprozesses“ von manchen BeobachterInnen sogar begrüßt werden. Doch bezogen auf die konkrete Situation in der Eurozone können nicht alle Länder wettbewerbsfähig im Sinne der Erzielung von Produktionsüberschüssen nach deutschem Vorbild

sein, weil die Überschüsse des einen immer die Defizite des anderen sind. Die aktuellen Empfehlungen der EK sind deshalb insgesamt nicht dazu geeignet, um von einem Ungleichgewicht in ein Gleichgewicht zu kommen, sondern das Ungleichgewicht zu exportieren und Europa als Überschussregion gegenüber der Welt zu positionieren. Das ist eine Strategie zur Prolongierung von Ungleichgewichten.

Zumal ist aktuell klar zu erkennen, dass die Politik der koordinierten Nachfragesenkung durch Reallohnsenkungen in Kombination mit den nach wie vor forcierten Einsparungen der öffentlichen Haushalte die Probleme der europäischen Peripherie verschärft:

- Sie erhöht die Deflationsgefahr, die wiederum nicht nur die wirtschaftliche Erholung, sondern auch den eigentlich angestrebten Schuldenabbau gefährdet.
- Sie verhindert den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, weil die Schrumpfung der wesentlich größeren Binnennachfrage nicht durch das Wachstum der vergleichsweise geringeren Exportnachfrage kompensieren kann.

Auch wenn in allen Krisenstaaten 2013 bereits Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet wurden¹⁰, konnte die Anpassung nach unten die Lage nicht stabilisieren. Die privaten bzw. öffentlichen Schuldenstände, insbesondere gegenüber dem Ausland, sind in Relation zur Wirtschaftsleistung nach wie vor zu hoch und wären ohne politische Stabilisierungsmaßnahmen (EZB, ESM, etc.) kaum bedienbar. Zudem gefährdet die soziale Lage die politische Stabilität und den sozialen Zusammenhalt, was beides mittelfristig wiederum auch die ökonomische Stabilität gefährdet.

Wie steht es um den Anpassungsdruck für die Überschussländer? Im Europäischen Semester 2014 hat





die EU-Kommission nach langem Ringen die exzessiven Produktionsüberschüsse in Deutschland als makroökonomisches Ungleichgewicht zwar kritisiert, nachdem der Scoreboard-Indikator den Grenzwert des Leistungsbilanzüberschusses von – ohnehin sehr hoch gewählten – 6 % des BIP überschritten hat. Das ist ein erfreuliches Novum. Weniger erfreulich ist, dass die politischen Ableitungen der Kommission – im Wesentlichen weitere Liberalisierungsschritte – nicht annäherungsweise geeignet sind die Überschüsse zu reduzieren.

2. Finanzausgleich ■ Über längere Zeit können Handelsbilanzungleichgewichte durch einen Finanzausgleich aufrechterhalten werden. Dabei fließt in unterschiedlichen Formen (z.B. überregionale Sozialversicherung, direkte Ausgleichszahlungen, gemeinsam organisierte Aufgaben wie Landwirtschaft, Forschung, Bildung, ...) Mittel aus der Überschussregion in die Defizitregion. Zugespielt formuliert ermöglicht das der Bevölkerung der Defizitregion weiterhin die überschüssige Produktion der Überschussregion kaufen zu können. Bis zu einem gewissen Grad garantiert dieses Modell Stabilität, wenngleich es eine Einzementierung des ökonomischen Niveauunterschieds mit einer nachhaltigen Konzentration hochproduktiver Wirtschaftssektoren in den Überschussregionen bedeuten kann, wenn

der Mittelfluss nicht explizit auf eine Transformation der regionalen Produktionsstrukturen abzielt, bspw. in Form produktiver Investitionen. Wird der ökonomische Niveauunterschied durch Umverteilung nur abgemildert aber nicht behoben, so wird auch eine entsprechende ökonomische und politische Emanzipation der peripheren Regionen schwierig bleiben.

3. Nachfrageseitige Anpassung nach oben ■ Die dritte Möglichkeit Leistungsbilanzungleichgewichten entgegenzuwirken ist eine Beseitigung der Importdefizite auf Seiten der Überschussländer, also ein höheres Konsum- und Investitionsniveau. Das ermöglicht nicht nur den Defizitländern ein höheres Produktionsniveau, sondern erhöht den Wohlstand auch in den Überschussländern. Eine Anpassung nach oben ist deshalb auch die einzige Möglichkeit für eine win-win-Situation mit der auch die politischen Spannungen die sich im Rahmen der Eurokrise aufgebaut haben abgemildert werden können. Die Defizitländer würden in diesem Szenario mehr exportieren. Das Gleichgewicht würde in diesem Fall vor allem über die Nachfrageseite erreicht.

Ein hohes Wohlstandsniveau für alle ■ Die dritte Variante „Nachfrageseitige Anpassung nach oben“ garantiert zwar die Beseitigung der Ungleichgewichte in der Leistungs-

bilanz, aber noch keine Angleichung der Wohlstandsniveaus. Zudem ist ihr Einfluss auf die Struktur der Importe und Exporte tendenziell neutral. Vereinfacht gesagt produzieren die stark industrialisierten Zentren Investitionsgüter und hochwertige Konsumgüter, der geringer industrialisierte Peripherie weniger hoch-

Die gemeinsame europäische Perspektive müsste Konvergenz zum Produktivitätsniveau der wohlhabenden Regionen lauten.

wertige Konsumgüter und Fremdenverkehr. Blicke diese Struktur unangetastet, würden die Zentrumsregionen ihren Produktivitätsvorsprung halten und damit auch ihre Position als ökonomisches und politisches Machtzentrum. Zusätzlich zu Variante 3 sollte der Aufholprozess in den schwachen Regionen daher durch eine Reform bzw. einen Ausbau der Strukturförderungen als eine Art spezielle Spielart der Variante 2 ergänzt werden.

Die gemeinsame europäische Perspektive müsste daher Konvergenz zum Produktivitätsniveau der wohlhabenden Regionen lauten, oder als politisches Ziel formuliert: „Ganz Europa soll so wohlhabend sein, wie die wohlhabendsten Regionen“.



1) Lukas Oberndorfer, *Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik? Infobrief eu & international 1/2013*
 2) http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-1064_de.htm (16.4.2014)
 3) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oef-fentliche-investitionen-ermoeglichen/> (18.4.2014)
 4) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/budget-loch-wie-vom-erdboden-verschluckt/> (18.4.2014)
 5) [\[13-1064_de.htm\]\(http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf\) \(18.4.2014\)
 6\) \[http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf\]\(http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf\) \(16.4.2014\)
 7\) <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-reformpolitik-druckt-lohnentwicklung-w-ww/> \(16.4.2014\)
 8\) \[http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0378.pdf\]\(http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0378.pdf\) \(22.4.2014\)
 9\) Siehe Art. 4 \(3\), <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32011R1176&from=EN> \(16.4.2014\)
 10\) <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/>](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-</p>
</div>
<div data-bbox=)

[ITY_PUBLIC/2-16042014-BP/DE/2-16042014-BP-DE.PDF](http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2014/ags2014_de.pdf) (24.4.2014)
 11) *Es ist nicht trivial, eine sinnvolle regionale Einteilung zu tätigen. Die Bundesländer der einzelnen Mitgliedsstaaten sind punkto Größe genauso schlecht vergleichbar wie die völlig konterintuitiven NUTS-Regionen. In beiden Fällen werden beispielsweise die 8-Millionen-Region Andalusien und Vorarlberg als gleichrangige Regionen betrachtet.*



Ein Marshallplan vor allem für die südliche Peripherie der Eurozone wäre eine Möglichkeit, nachhaltige Konvergenz in der Eurozone zu erreichen.

»

Daraus ergibt sich ökonomisch, dass Produktivität, Preis- und Lohnniveaus ähnlich hoch sein werden und die Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz gering, selbst wenn die Handelsverflechtung noch wesentlich dichter sein sollte als das heute schon der Fall ist. Eine asymmetrische Finanzialisierung, sprich ein Kreditwachstum in einer Region, das dort zu Importüberschüssen führt und die Importdefizite in einer anderen Region wieder ausgleicht, wäre dann weniger wahrscheinlich. Konvergenz kann nur dann erreicht werden, wenn die Produktivität in ärmeren Regionen schneller wächst als in den reichen Regionen. Das Ziel muss also sein, ein Produktivitätswachstum in der Pe-

riperie zustande zu bringen, das höher ist als im Zentrum. Damit sind wir weit weg von Wettbewerbspolitik und Weltmarktanteilen, sondern nähern uns struktur- und industriepolitischen Fragestellungen.

Angesichts der erheblichen regionalen Disparitäten in größeren Mitgliedsländern – so etwa zwischen Nord- und Süditalien, zwischen Ost und Westdeutschland, zwischen dem Nordwesten Rumäniens und dem Rest des Landes – sollte der Fokus verstärkt auf Regionen gelegt werden. Sinnvoll vergleichbare Regionen müssten wahrscheinlich Einheiten zwischen fünf und zehn Millionen EinwohnerInnen sein, die sich nicht zwingend an nationalen Grenzen orientieren müssen, dafür aber an wirtschaftlicher Verflechtung.¹¹ Für diese 60 bis 70 Regionen bräuchte es eine regionale Wirtschaftsrechnung mit BIP-Niveaus und Leistungsbilanzen. Ab gewissen definierten Grenzen bei BIP/Kopf-Abweichung vom Dur-

schnitt sowie persistenten Leistungs-bilanzdefiziten, müsste Anspruch auf ein regionales industriepolitisches Förderprogramm bestehen, das die bisherigen Mittel aus dem Struktur-fonds bei weitem übertrifft.

Es geht um einen Marshallplan vor allem für die südliche Peripherie der Eurozone. Das wäre eine Möglichkeit um reale und nachhaltige Konvergenz in der Eurozone zu erreichen und um künftigen Ungleichgewichte zwischen den Regionen effektiv vorzubeugen. Es ist auch die einzige Möglichkeit um das zu erreichen, was die europäischen Eliten mit allen Mitteln versuchen, obwohl sie doch das Gegenteil erreichen: Den weltweiten ökonomischen Spitzenplatz nicht zu verlieren.

Georg Feigl ■ AK Wien
georg.feigl@akwien.at

Nikolaus Kowall ■ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf
nikolaus-kowall@boeckler.de



Kurswechsel Heft 1 *Soziale Proteste in der Krise*

Zuweilen heißt es, die gegenwärtige globale Krise sei Ausgangspunkt einer neuen globalen Protestbewegung. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch heraus, dass die sozialen Proteste nicht nur global sehr ungleich verteilt auftreten, sondern auch unterschiedliche Hintergründe haben. Den Dynamiken der sozialen Proteste gegen die Austeritätspolitik in Europa – sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch bei den Versuchen EU-weiter Kooperationen – spürt diese Kurswechsel-Nummer nach. Es geht um AkteurInnen, Handlungsrepertoires, Bündnispolitiken (vor allem um das Verhältnis von sozialen Bewegungen – und Parteien), Forderungen, Erfolge und Grenzen der Protestbewegungen.

Das **Kurswechsel Abo** ist um 29 Euro (für Studierende um 18 Euro) erhältlich unter:
<http://www.beigewum.at/bestellungen> oder http://www.sonderzahl.at/_bestellen.htm